

die anderen führenden westlichen Persönlichkeiten, um sie auf der Linie zu halten, doch immer auch ihren Interessen Rechnung getragen. Das hat der Bundeskanzler auch Freitag und Sonnabend sehr klar gesagt und ferner, daß die Zusammenarbeit mit Gorbatschow ihm auch geholfen habe, daß dieser im Grunde, nachdem er alles eingesehen hatte, eine sehr konstruktive Rolle in diesem Prozeß gespielt hat.

Was heißt das nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Zukunft? Das heißt, daß auch jetzt in diesen Jahren, wo sich sehr viel bewegt, es die Vereinigten Staaten sind, die erstens die Distanz, auch die historische Distanz haben, die Entwicklungen in Europa mit einem gewissen, ich würde sagen, positiven Abstand zu betrachten. Zweitens, das haben wir in anderen Fällen in jüngster Zeit gesehen, daß es immer noch eines gewissen amerikanischen Managements in Europa bedarf, um die Strategie in eine klare Richtung zu bringen. Drittens natürlich – und hier ist ein Punkt, an dem mir ganz besonders liegt, weil ich in vielen Debatten über die Jahre darin verwickelt war –, daß die Vereinigten Staaten in Europa keine Status-quo-Macht sind, sondern die Macht, die positive Entwicklungen will in Europa gerade in den kommenden Jahren, in denen es, wie ich glaube, noch viel mehr Entwicklungen geben wird. Wir werden unsere Rolle spielen, und es wird eine sehr wichtige Rolle sein zugunsten positiver und dynamischer Änderungen auf dem Kontinent. Danke.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Botschafter Kornblum für Ihren Beitrag. Er zeigte, wie gut doch letzten Endes unser Vorschlag gewesen ist, den Versuch zu machen, das ist ja auch bei Herrn Reiter schon deutlich geworden, auf der einen Seite Experten, die sich wissenschaftlich mit der Thematik auseinandergesetzt haben, mit Insidern auf der anderen Seite zusammenzubringen. Gerade bei dem Beitrag von Herrn Kornblum wurde interessanterweise die Offenheit geschichtlicher Prozesse doch eigentlich sehr schön deutlich. Ich weise auf Folgendes noch einmal hin: Die beiden Herren Botschafter haben bis 15:00 Uhr Zeit, uns Rede und Antwort zu stehen. Wir haben bereits einige Meldungen vorliegen. Ab 15:00 Uhr können Sie dann weitere Fragen an die vier Referenten stellen, die heute vormittag ihre Beiträge geboten haben. Aber zunächst konzentrieren wir uns auf Herrn Reiter und Herrn Kornblum. Ich wäre dankbar, wenn Sie sich in Ihren Wünschen nach Information ein wenig zügeln würden, das heißt, nicht gleich jedem zwei oder drei Fragen stellten, sondern sich so beschränken, daß diejenigen Herren der Kommission, die sich zu Wort gemeldet haben, die Möglichkeit haben, hier ihren Beitrag beziehungsweise ihre Frage anzubringen. Ich darf zunächst einmal verlesen, wir haben folgende Wortmeldungen: Als erster Herr Wilke, dann Herr Meckel und Herr Poppe, dann Herr Elm als Nummer vier, und Herr Faulenbach kommt dann als Nummer fünf in dieser ersten Runde an die Reihe. Bitte schön Manfred Wilke.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Herr Botschafter Kornblum, ich lebte 1987 in West-Berlin und hatte gelernt, wie wichtig es war, daß die Soldaten mit dem

weißen Stern in dem Teil der Stadt waren, in dem ich lebte. Ich habe auch noch sehr gut die für mich einigermaßen beschämenden Umzüge in Erinnerung, die damals gegen den amerikanischen Präsidenten in West-Berlin organisiert wurden, als er die Forderung erhob: Herr Gorbatschow, reißen sie diese Mauer nieder! Soweit meine persönliche Vorbemerkung. Heute morgen hat ein Wissenschaftler uns vorgetragen, daß die Bundesrepublik Deutschland 1982/83 in der Nachrüstungsdebatte überhaupt keine Alternative besaß, sie mußte dem amerikanischen Votum für die Nachrüstung folgen. In Ihrem Statement eben haben Sie ausdrücklich diese letzte Krise der Ost-West-Auseinandersetzungen im Sinne des Konfliktes betont. Hatten die Deutschen damals die Möglichkeit, sich der Bündnisloyalität zu verweigern? Was hätten die Amerikaner getan? Das ist Spekulation, aber ich will die Frage trotzdem in den Raum stellen.

Abg. Markus Meckel (SPD): Man ist ja immer versucht, auf den Vorredner zu reagieren, aber ich tue das nicht. Meine Frage richtet sich auch an Herrn Botschafter Kornblum, und zwar auf aktuellem Hintergrund. Wir haben ja die Diskussion und in diesem Sommer die Entscheidung zur NATO-Öffnung, und in diesem Vorfeld gab es immer wieder Berufungen auf frühere Gespräche und Zusagen an die damalige Sowjetunion, daß eine Öffnung oder Erweiterung nach Osten nicht beabsichtigt und daß dies zugesagt sei. Es gab diese Behauptung für Zwe-plus-Vier, da weiß ich selbst, daß diese Behauptung falsch ist. Es gab zum zweiten diese Behauptung in Bezug auf Malta beziehungsweise auf das Schiff vor Malta, diesen Gipfel, von dem Sie eben gesprochen haben. Meine Frage wäre, könnten Sie über diese Gespräche und über diesen Zusammenhang kurz etwas berichten?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Meckel. Als nächster Herr Poppe bitte.

Abg. Gerd Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe zuerst eine Anmerkung zu Janusz Reiter. Ich bin sehr dankbar für den Satz, daß der Zerfall der deutschen Nachkriegsordnung in Polen begann. Das ist eine Behauptung, die wir aus unseren Erfahrungen als frühere Opposition in der DDR immer wieder aufgestellt haben. Ich muß allerdings dazu sagen und will es nicht weiter vertiefen, denn wir haben schon sehr oft darüber diskutiert: der Bemerkung, das vorrangige Ziel der Opposition sei die Reform der DDR gewesen, muß man mit einer gewissen Zurückhaltung begegnen. Wir hatten die Mauer. Wir hatten Politiker im Westen, die verteidigten den Status quo und sagten sogar noch, der Status quo muß stabilisiert werden. Die Opposition sagte damals, der Status quo muß überwunden werden. Was das im einzelnen bedeutete und daß das natürlich auf friedlichem Wege passieren müsse, ist eine andere Sache. Ich wollte dies nur noch einmal anmerken und folge insofern auch den Ausführungen des Botschafters Kornblum, was die frühen 80er Jahre in Berlin betrifft. So die Haltung zur Solidarność. Die ist in der Tat so gewesen, nicht bei der breiten DDR-Bevölkerung, da gab es die breite Zustimmung wie noch beim Prager Frühling 1968 nicht. Aber in den Kreisen, von denen ich rede, gab es

sehr wohl einen großen Einfluß, den die Solidarność auf die weitere Entwicklung von den frühen 80er Jahren an in der DDR hatte. Vielleicht war ein Problem in der Tat, daß die Solidarność damals keine Außenpolitik betrieben hat.

Zu Herrn Botschafter Kornblum habe ich eine Frage, und zwar gerade auch im Hinblick auf unsere aktuellen Debatten zur NATO-Erweiterung, zur EU-Erweiterung, zur Fragestellung in Bezug auf europäische Sicherheitssysteme. Ich bin sehr einverstanden mit den vier Prinzipien, die Sie vorhin vorgetragen haben. Gerade diese Prinzipien sind es aber zum Teil auch gewesen, die die Debatte um die NATO-Mitgliedschaft und mögliche Alternativen erzeugt haben, weil zu diesem Zeitpunkt sichtbar war, daß das sowjetische System zusammenbricht. Auch das Ende der Sowjetunion war, denke ich, schon absehbar. Deshalb stellte sich die Frage: Welch eine Art von Sicherheitssystem wird es in Europa geben und wie gestaltet man es, damit es keine neue Konfrontation gibt? Unter diesem Aspekt standen damals die Debatten. Dabei ging es einmal um die NATO-Doktrin, es war ja nicht einfach nur die Frage: NATO ja oder NATO nein, sondern es war die Frage, ist diese Doktrin noch zeitgemäß; flexible response, atomare Erstschlagoption und so weiter. Die zweite Frage war die nach der KSZE. Wir wußten natürlich, daß die USA eine sehr skeptische Haltung gegenüber der KSZE einnahmen, obwohl sie die Prinzipien der KSZE befürworteten. Hier hätte ich gerne noch einmal von Ihnen gehört: Gab es denn Alternativen, welchen Spielraum gab es überhaupt in der NATO-Frage? Wenn möglicherweise der Widerstand der sowjetischen Seite größer gewesen wäre, gab es für diesen Fall Alternativvorschläge, zur Reform der NATO oder zur Veränderung der NATO-Doktrin?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Poppe. Meine Damen und Herren, darf ich noch einmal darauf hinweisen, daß Herr Botschafter Reiter auch leider um 15:00 Uhr diesen Raum verlassen muß. Das heißt, wenn Sie konkrete Fragen zu seinem Beitrag haben, können Sie die jetzt stellen. Die erste Runde wollen wir abschließen mit zwei Beiträgen, einmal, von der F.D.P.-Fraktion, Herr Irmer und dann Herr Elm. Bitte schön.

Abg. Ulrich Irmer (F.D.P.): Vielen Dank. Herr Botschafter Kornblum hat eindringlich ausgeführt, weshalb es wichtig war, daß die vier Mächte in dieser Zusammensetzung bei den Zwei-plus-Vier Verhandlungen beteiligt waren, weil das ja eine gewisse Institution als solche war, und, wie Sie ausgeführt haben, dann ein Schlußstrich gezogen werden mußte. Ich erinnere mich daran, daß eine Zeitlang diskutiert wurde, ob man nicht Zwei-plus-Fünf Verhandlungen führen müßte, das heißt, ob nicht Polen auch beteiligt sein sollte. Ich nehme gerne die Gelegenheit wahr, daß hier zwei Zeitzeugen sitzen in Gestalt des damaligen Botschafters Reiter und des Botschafters Kornblum, um ihnen die Frage zu stellen: Was hatte es damit auf sich? Warum kam es dazu nicht? Wer hat hier welche Position in der Frage vertreten? Vielen Dank.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank.

Abg. Dr. Ludwig Elm (PDS): Ja, noch einmal zur Oder-Neiße-Grenze, und zwar als Frage an die amerikanische wie an die polnische Seite. Herr Kornblum, die amerikanische Position zur Oder-Neiße-Grenze spätestens seit Anfang der 70er Jahre, also nach den Verträgen der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und Polen. Ist meine Vermutung richtig, daß man in den USA davon ausging, die Grenzfrage sei definitiv abgeschlossen? Hätte es Gelegenheit oder Veranlassung gegeben, gegenüber der Bundesrepublik stärker Einfluß zu nehmen, damit es noch vor der Vereinigungsphase 1989/90 zu einer völkerrechtlich definitiven Regelung um die Oder-Neiße-Grenze gekommen wäre? Auch innerhalb des Atlantischen Bündnisses war das einer der prioritären sicherheitspolitischen Belange, auf atlantischer wie auf anderer Seite. Die Kehrseite dieser Fragestellung, Herr Reiter: Wie hat man in Polen, wo man natürlich vor allem mit der Position der Bundesrepublik konfrontiert war, die Position der Vereinigten Staaten und der anderen Westmächte zu der Frage Oder-Neiße-Grenze wahrgenommen, und wie weit ist das für Sie, zum Beispiel bei der Meinungsbildung der politischen Opposition in den 80er Jahren, hilfreich gewesen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Elm. Herr Botschafter Kornblum, bitte schön.

Botschafter John C. Kornblum: Danke. Zu allen Fragen gleich eine allgemeine Bemerkung. Ich arbeite fast ohne Unterbrechung in der amerikanischen Europa-Politik seit 30 Jahren. Was mich immer, ich sage das sehr offen, überrascht hat, war die Fähigkeit der Politiker verschiedener Couleurs und verschiedener Generationen, eine sehr starke, wenn Sie so wollen, visionäre Haltung mit einer teilweise sehr empfindsamen praktischen Politik zu vereinbaren. Das gilt auch für viele Fragen, die hier gestellt wurden. Unsere Leute hatten immer darauf zu sehen, wie man die Parteien zusammenbringt. Das kommt vielleicht ein bißchen aus unserer Geschichte. Wir sind immerhin eine Föderation von verschiedenen Staaten. Aber wir haben uns auch von Anfang an sozusagen als Fundament für das Ganze gesehen. Mir ist das aufgefallen wegen der Frage Oder-Neiße-Linie. Ich glaube, es war mehr oder weniger allen klar, wahrscheinlich schon Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre, daß diese Grenze die permanente Grenze sein werde. Aber es war auch allen klar, daß das eine höchst emotionale politische und auch historische Sache war. Es hatte keinen Sinn, einer Bundesregierung, ob in den 60er, 70er oder 80er Jahren, zu sagen, nehmt euch zusammen, akzeptiert diese Grenze. Man wußte, daß es sehr viele politische Strömungen im Lande gab. Das war eine Sache für sich. Sie hat sich im Endeffekt sehr gut geregelt, schon Anfang der 70er Jahre hatte sich das geregelt. Alle diese prinzipiellen Haltungen hätten wirklich nichts genutzt. Die hätten eher mehr Probleme mit sich gebracht. Die Frage, Herr Wilke, der Mittelstreckenraketen. Nachdem wir diese Phase der Wiedervereinigung richtig aufgearbeitet haben werden, wird es vielleicht wieder an der Zeit sein, diese Phase Anfang der 80er Jahre noch einmal zu durchdenken. Es war, wie ich meine, eine sehr wichtige politische Konfrontation. Ich war dabei. Als Helmut Schmidt seine berühmte Rede über die SS 20 gehalten hat, saß ich im State

Department. Da kam eine Anruf von Zbigniew Brzezinski, der sagte: Was machen wir nur? Schmidt wirft uns vor, wir seien zu schwach gegenüber der Sowjetunion. Es gab die Cruise Missiles, ohne Frage. Aber ein Großteil der amerikanischen Reaktionen war eine Reaktion auf deutsche Ängste und deutsche Bedenken. Ich will das jetzt nicht zu einseitig sagen, will nicht sagen, die ganze Debatte kam, weil Helmut Schmidt eine Rede gehalten hat. Das wäre viel zu einfach. Was nicht zu einfach ist, ist, zu sagen, daß dies eine sehr sehr komplizierte Debatte war. Und zu behaupten, vielleicht fühlt sich einer der Vorredner getroffen, daß die Deutschen hier als Vasallen oder ähnliches behandelt wurden, die keine Wahl gehabt hätten, das würde die ganze Lage verkennen. Die Bundesregierung hat sich letzten Endes so entschieden, wie sie sich entschieden hat, weil das eine positive, vernünftige deutsche Politik war, nichts anderes. Natürlich, nachdem wir in diese Debatte reingeschlittert waren, hat es sehr viele Debatten hin und her gegeben. Wenn es anders gekommen wäre, wenn, sagen wir, es zu einer anderen Bundesregierung gekommen wäre, dann hätten wir natürlich wahrscheinlich eine Bündniskrise gehabt. Keine Frage. Aber dann hätten wir irgendwie aus dieser Bündniskrise herausgefunden. Nicht, als ob wir dann gesagt hätten, ihr Deutschen, ihr habt falsch entschieden, jetzt gibt es Ärger. Man verkennet wirklich die Dynamik, wenn man so etwas behauptet. Die Mittelstreckenkonfrontation war ein Versuch der Sowjetunion, durch ihre Militärtechnologie neue politische Tatsachen zu schaffen. Und der erste, der das gesehen hat, war Helmut Schmidt. Kein Amerikaner, sondern Helmut Schmidt. Er hat dieses Problem definiert. Ob die amerikanische Reaktion danach hundertprozent richtig war, darüber läßt sich streiten. Es war eine sehr komplizierte Debatte, die im Endeffekt dazu beigetragen hat, daß es heute keine Sowjetunion mehr gibt. So wollen wir es auch klar sehen. Es war ein Riesenfehler der sowjetischen Führung. Zur Frage NATO und deutsche Wiedervereinigung. Das ist ein sehr interessantes Gebiet. Ich habe selber Protokolle gesehen, denen zufolge James Baker Schewardnadse gesagt hat, die NATO werde im Zuge der Wiedervereinigung nicht expandieren. Es gibt auch sehr viele Artikel und andere Quellen, die das ziemlich gut belegen. Das war natürlich eine Frage in diesem Kontext. Es war eine Frage im Kontext der Sowjetunion mit 400.000 Truppen auf deutschem Boden im Kontext der möglichen Wiedervereinigung Deutschlands, und ich würde sagen, im Endeffekt ist dieses Versprechen auch eingehalten worden. Die NATO hat sich nicht als Teil der deutschen Wiedervereinigung irgendwie ausgedehnt, man hat sogar ziemlich klare Begrenzungen akzeptiert, die teilweise noch gelten, so in Bezug auf die Stationierung von NATO-Truppen auf deutschem Boden. Ich glaube, das hat an sich sehr wenig zu tun mit der jetzigen Vergrößerung der NATO, weil die in ganz anderem Kontext und unter ganz anderen Voraussetzungen stattfindet. Da, glaube ich, ist nicht sehr viel zu sagen. Ich glaube, ich habe die letzte Frage von Herrn Poppe teilweise schon beantwortet. Sind wir hinsichtlich der KSZE skeptisch? Nein, sind wir nicht. Und ich bin mehr oder weniger der größte amerikanische Experte der KSZE, ich glaube, ich kann das belegen. Wir sind sehr positiv der KSZE gegenüber für das, was die KSZE ist. Die KSZE ist kein Ersatz für die NATO. Die KSZE kann nicht und wird nie ein

Ersatz sein für ein Militärbündnis oder für die Art der Zusammenarbeit, die wir in der NATO haben. Die KSZE spielt eine große Rolle und jetzt als OSZE eine noch größere in der Vielfalt der europäischen Sicherheit. Aber es gab und es gibt noch die These – sie wird immer noch von Rußland ein bißchen gesponsert und teilweise auch von anderen westeuropäischen Staaten –, daß man als Zusatz, um die NATO irgendwie zu legitimieren, einen gesamteuropäischen Sicherheitsvertrag braucht, der das alles legal macht. Und da ziehen wir natürlich eine Linie. Da sagen wir nein. Die NATO braucht wirklich keinen anderen Vertrag, um sich legal zu machen. Die NATO ist an sich das Fundament des Ganzen. Wir sind überhaupt nicht skeptisch der KSZE oder jetzt der OSZE gegenüber. Schauen Sie nur, wieviel Geld und wieviel Energie wir in, sagen wir, die Wahlleitung in Bosnien oder die verschiedenen Missionen in mittel- und osteuropäischen Staaten gesteckt haben. Wir finden die KSZE sehr wichtig für das, was sie ist. Aber sie ist kein Ersatz für die NATO. Danke.

Botschafter a. D. Janusz Reiter: Ich fange an mit der Frage Zwei-plus-Fünf. Das war eine Verhandlungsposition, die im Grunde genommen nur im Kontext der damaligen Situation verständlich ist, nicht mehr. Dieter Bingen hat schon über die polnische Befürchtung gesprochen, dabei nicht beachtet zu werden. Welche Rolle die Position der USA in der Frage der polnisch-deutschen Grenze spielte? Da würde ich sagen, keine besondere, denn man hat ja angenommen, daß es Einvernehmen gab in der westlichen Welt über die Frage der polnisch-deutschen Grenze. Auch in Deutschland war eine Mehrheit schon in den 70er Jahren überzeugt, daß diese Grenze endgültig sei, und es gibt ja aus den 50er Jahren Notizen von Adenauer, die belegen, daß er selbst schon damals nicht mehr an eine Möglichkeit geglaubt hat, diese Grenze zu revidieren. Insofern war es nur die Frage, inwieweit die Bundesrepublik das freiwillig akzeptierte. Die amerikanische Position war nach Kenntnis der damaligen polnischen Regierung, soviel ich jedenfalls weiß, sehr klar; ich weiß, daß Ministerpräsident Mazowiecki aus Washington den sehr klaren Eindruck mitgebracht hat, daß die Amerikaner mit Entschlossenheit den Prozeß der deutschen Einheit unterstützen und daß sie eine klare Priorität hatten. Diese Priorität war, durch Unterstützung dieses Prozesses auch dafür zu sorgen, daß kein Zweifel entstand an der Stellung Deutschlands in der NATO. Ich muß wirklich sagen, ich habe große Bewunderung für die Weitsicht und für die Klarheit, mit der Präsident Bush und seine Regierung damals in der Frage der deutschen Einheit gehandelt haben. Vielleicht braucht man dazu in der Tat den, wie Botschafter Kornblum gesagt hat, positiven Abstand zu Europa. Vielleicht braucht man den in der Tat, und meine Schlußfolgerung daraus ist die, daß wir eine solche Macht, die diesen positiven Abstand zu den europäischen Problemen hat, in Europa brauchen. Ich glaube, der Verlauf des Vereinigungsprozesses ist dafür ein Argument. So sehe ich das jedenfalls.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Reiter. Meine Damen und Herren, ich habe jetzt noch fünf Wortmeldungen auf meiner Liste. Ich gehe davon aus, daß wir anschließend dann noch Antworten auf diese Fragen bekommen, um pünktlich um 15:00 Uhr zu schließen. Und

zwar zunächst, ich lese einmal vor, Herr Koschyk als erster, Herr Faulenbach als zweiter, Herr Hilsberg Nummer drei, Herr Fricke vier, und ich habe noch eine eigene letzte Frage. Bitte, Herr Koschyk.

Abg. Hartmut Koschyk (CDU/CSU): Zunächst eine Frage an Herrn Botschafter Reiter. Sie haben vorhin geschildert, wie die Solidarność-Bewegung in der Opposition angefangen hat, ein außenpolitisches Konzept zu entwickeln, und daß dieses außenpolitische Konzept sehr zentral auf Veränderungen in der deutschen Frage gesetzt hat und darauf, daraus auch Veränderungen für die Entwicklungen in ganz Europa, vor allem auch im Hinblick auf die Situation Polens, zu finden. Könnten Sie uns vielleicht auch in etwa schildern, wie man nach der Festlegung oder nach der Entwicklung dieses außenpolitischen Konzeptes aus der Solidarność-Bewegung heraus, vor allem unter dem Eindruck des Kriegsrechts in Polen, versucht hat, dafür Gesprächspartner, „Verbündete“ in Deutschland zu gewinnen, und wie sich entsprechende Kontakte der Solidarność über diese europa- und deutschlandpolitische Konzeption in Deutschland gestalteten? Eine Frage an Herrn Botschafter Kornblum, um noch einmal auf den Oder-Neiße-Komplex zurückzukommen. Ist es richtig, daß in dieser Phase etwa ab Januar 1990 bis zu den Schlußformulierungen zum Zwei-plus-Vier Vertrag im Hinblick auch auf die polnischen Bedenken, die uns Herr Botschafter Reiter vorgetragen hat, die amerikanische Administration, vor allem auch der Präsident, versucht hat, eine Vermittlerrolle einzunehmen, dergestalt, die polnische Seite zu beruhigen, ihr zu versichern, daß es in dieser Frage keine taktischen Winkelzüge der deutschen Seite gebe, aber der polnischen Seite auch zu vermitteln, die Diskussion in Deutschland dahingehend zu berücksichtigen, wie Sie es ja vorhin gesagt haben, daß in dieser Frage nicht unnötig innenpolitische Emotionen und Diskussionen in Deutschland hervorgerufen wurden?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Koschyk. Bitte, als nächster Herr Faulenbach.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Zunächst zu Herrn Reiter. Herr Reiter, ich habe Sie so verstanden, daß die Oppositionsbewegung in der Frage der Wiedervereinigung frühzeitig sehr positiv orientiert war. Müßte man aber nicht doch sagen, daß es offenbar doch Spannungen gegeben hat oder Unterschiede zu breiteren polnischen Bevölkerungskreisen, die dann in der Situation, als die Frage aktuell wurde, zum Ausdruck gekommen sind? Zumal, wie Sie festgestellt haben, für die Oppositionsbewegung die Wiedervereinigungsfrage auch eine Vehikelfunktion hatte und nicht nur um ihrer selbst willen diskutiert worden ist.

Eine zweite Frage. Habe ich Sie richtig verstanden, daß die polnische Opposition die Wiedervereinigungsfrage deshalb 1989/90 nicht so hoch gespielt hat, weil sie Rücksicht nehmen wollte auf die Opposition in der DDR? Könnten Sie diese offensichtlich von Herrn Poppe abweichende Einschätzung noch einmal erläutern?

Und schließlich auch noch einmal zur Oder-Neiße-Grenze. Habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie die bundesdeutsche Politik mitverantwortlich machen für bestimmte Mißverständnisse, die es in Polen 1990 gegeben hat? Immerhin sind ja die Irritationen auf polnischer Seite, auf der Seite Mazowieckis und seiner Regierung, im europäischen Zusammenhang nicht völlig isoliert zu sehen, sie hat es ja auch auf französischer Seite und auch in der französischen Öffentlichkeit gegeben. Sehen Sie da einen operativen Fehler der bundesdeutschen Politik?

Dann würde ich gerne an den Botschafter Kornblum auch noch zwei Fragen stellen. Müßte man, Herr Botschafter, so sehr die amerikanische Politik von entwickelten Prinzipien her ihre Politik in der Wiedervereinigungsfrage gestaltet hat, nicht doch auch einräumen, daß es eben doch auch in der Phase 1989/90 durchaus noch so etwas wie Konkurrenzdenken zur anderen Supermacht gegeben hat, so daß man die deutsche Frage eben doch auch in dem Wettbewerb mit der anderen Macht mitsehen müßte? Eine zweite Sache. Gehen Sie so weit, zu sagen, die amerikanische Politik in der Wiedervereinigungsfrage war so entschieden, daß dies Rückwirkungen auf das Verhältnis zu Frankreich und zu England hatte, zu fast einer Art Belastung dieses Verhältnisses führte? Und schließlich die dritte Frage. Die Frage, die von Herrn Wilke vorhin gestellt wurde, bezog sich auf die letzte Phase der Rüstungsdebatte, die letzte Spirale, nämlich die Stationierung der Lance-Raketen, nicht auf die Mittelstrecken-Diskussion. Ich würde sie noch einmal stellen wollen bezogen auf die Kurzstreckenfrage. Hier hat es einen erheblichen Dissens zwischen der amerikanischen Administration und der deutschen Politik in dieser Phase gegeben, der geradezu krisenhafte Auswirkungen für die NATO gehabt hat. Vielleicht könnten Sie zu dieser Frage im Hinblick auf die unterschiedlichen Interessen der amerikanischen und der bundesdeutschen Politik noch Stellung nehmen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Faulenbach. Als nächster Herr Hilsberg. Bitte.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Ich habe zwei Fragen. Erste Frage an Herrn Botschafter Reiter. Sie haben sehr breit ausgeführt, welches positive Verhältnis die Opposition in Polen zu einer möglichen deutschen Einheit gehabt hat. Nun möchte ich Sie fragen, ob es über diese Position eine Kommunikation nach Deutschland gegeben hat. Und zwar sowohl nach West-Deutschland als auch in die oppositionelle Bewegung, so sie ihnen zugänglich war, in der damaligen DDR. Die zweite Frage an Botschafter Kornblum, erinnernd an diese Pressekonferenz am 4. Dezember mit den vier Punkten Ihres damaligen Präsidenten Bush. Der erste Punkt war, daß die Deutschen diese Frage der Einheit mittels Selbstbestimmung regeln sollten. Hieß das damals für die USA, daß die deutsche Einheit nur unter den Bedingungen der Selbstbestimmung zustande kommen könnte oder nicht? In dem Zusammenhang auch noch die weitere Frage: Daß Amerika die Wiedervereinigung als ein Ziel immer formuliert und nicht aus dem Auge verloren hat, das ist ja die eine Seite. Aber ab wann haben

dann die Vereinigten Staaten, sagen wir mal, die Möglichkeit der Wiedervereinigung in den 80er Jahren für realistisch gehalten? Wo sahen sie da plötzlich, daß sich da Spielräume auftun, daß so etwas sich realisieren könnte?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Hilsberg. Herr Fricke bitte.

Sv. Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Ich habe eine kurze Frage an beide Herren Botschafter. Im vergangenen Monat haben wir uns des Besuches erinnert, den Erich Honecker im September '87 in Bonn vollzogen hat. Wie ist damals, es war ja ein Arbeitsbesuch mit erstaunlichem protokollarischem Aufwand, wie ist damals auf Regierungsebene in Washington und Warschau dieser Besuch aufgenommen worden? Hatte er etwas mit dem zu tun, was uns heute hier beschäftigt hat, nämlich mit Handlungsspielräumen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Fricke. Ich habe noch eine letzte Frage an den Herrn Botschafter Kornblum. Es ist ja bemerkenswert, daß zwar verbal unsere Verbündeten die deutsche Einheit unterstützt haben, wie ja auch unsere Politiker immer mit der berühmten Floskel auftraten, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem die Einheit in freier Selbstbestimmung wiedererlangt wird. Aber konzeptionell war die Realität doch sehr schwach entwickelt. Als nämlich der Augenblick der Einheit da war, gab es so gut wie nichts an Konzepten, an klaren Vorstellungen, wie sich das auswirken würde, wie man die Einheit Deutschlands managen sollte. Und in dem Zusammenhang, da Sie, lieber Herr Kornblum davon gesprochen haben, die Vereinigten Staaten hätten immer gewisse Visionen gehabt, und sicherlich steckt in der ganzen amerikanischen Politik immer etwas von Vision: Aber gab es denn in der amerikanischen Regierung Vorstellungen darüber, was nach der Einheit Deutschlands für Europa möglich und wichtig war im Hinblick auf die Transformation? Wie konnte und sollte man diesen Transformationsprozess managen im Interesse eines friedlichen Europas? Wir sehen ja, daß wir nach 1990 in wachsende Schwierigkeiten gekommen sind (im Hinblick auf das Management, Ostmitteleuropa mag noch hingehen). Aber denken wir an Rußland, Weißrußland und die Ukraine. Da sieht man ja, wie weit man entfernt war von klaren Konzepten. Wie sollte das gemeistert werden? Vielleicht können Sie aus Ihrer Erfahrung noch den einen oder anderen Gesichtspunkt vortragen.

Ich darf jetzt zunächst Herrn Reiter bitten, diesmal umgekehrt, auf die an ihn gestellten Fragen zu antworten, und dann Botschafter Kornblum. Bitte schön Herr Reiter.

Botschafter a. D. Janusz Reiter: Vielen Dank. Ich fange mit der Frage an, inwieweit es Gesprächspartner gegeben hat für die polnische Opposition der 80er Jahre. Nun muß man wiederum bedenken, es war ja eine in der Illegalität handelnde Opposition mit Ausreiseverboten für die meisten. Insofern gab es eine natürliche Behinderung des Austausches. Zweitens muß ich auch daran erinnern, daß die ganze Diskussion nicht mit dem Gedanken geführt wurde,

man werde darüber bald mit irgendjemanden verhandeln. Daran hat wirklich niemand gedacht. Vor allem war diese Diskussion an die polnische Elite oder Öffentlichkeit gerichtet und sollte dort zum Nachdenken anregen. Zweitens war sie auch an Deutschland gerichtet, nicht an einen bestimmten Adressaten, sondern an jeden, der Interesse zeigen mochte. Und wer zeigte Interesse? Das fand weitgehend in der Untergrundpresse statt. Die wurde sehr genau verfolgt in Deutschland, auch von der deutschen Botschaft, auch vom deutschen Auswärtigen Amt. Das wurde beachtet in Deutschland. Darüber gab es auch immer wieder Gespräche mit einzelnen Politikern, die Polen besuchten. Ich habe hier Volker Rühe genannt. Er war einer derjenigen, die das aufgenommen und auch verstanden haben, welchen Sinn das hatte. Ich wäre allerdings unehrlich, wenn ich nicht auch noch eine andere Art von Reaktion erwähnte. Und zwar war es Befremden oder Kopfschütteln über die Blauäugigkeit, über die Naivität oder vielleicht sogar gefährliche Naivität, sich überhaupt auf solche Gedanken einzulassen. Die damalige Warschauer Regierung hat sich ja versucht zu profilieren in der Rolle des Anwalts der europäischen Stabilität, hat sich angeboten als Gesprächspartner für alle, die an der Stabilität festhalten wollten, und hat versucht, ihre Opposition zu diskreditieren als eine, die diese Stabilität zerstören wollte. So lag es nahe, daß alle, für die Stabilität den Vorrang hatte, dieser Diskussion in der polnischen Solidarność sehr skeptisch gegenüberstanden. Mehr brauche ich nicht auszuführen. DDR-Opposition. Ich habe diesen Punkt genannt, er war nicht relevant für die ganze Diskussion und für die polnische Politik. Ich kann mich aber erinnern an Besuche von DDR-Oppositionellen 1989 in Polen, die gesagt haben, wir wollen unsere Chance ergreifen, diesen Staat erst einmal umzugestalten, bitte brüskiert uns nicht. Aber das war kein zentraler Punkt in der Politik. Schließlich das polnische Mißverständnis, ob ich es der deutschen Politik anlaste. Ich habe gesagt, ich glaubte, daß Polen in eine falsche Rolle versetzt worden ist. Das ist im Grunde genommen, was mich unglücklich macht, unnötigerweise. Nun hatten beide Seiten ihre Innenpolitik, ihre innenpolitische Taktik. Nur meinte ich damals, sage das auch heute, daß die polnischen innenpolitischen Erwägungen von höherem Gewicht waren als die deutschen, weil es um eine Frage ging, die für Polen wirklich absoluten Vorrang hatte. Es war die Frage, die über vierzig Jahre auf der ganzen Politik des Landes lastete und den Spielraum der polnischen Politik prägte, während sie für Deutschland damals, glaube ich, nicht diesen Rang hatte, weil ja die Mehrheit für die Ausdehnung dieser Grenze längst gewonnen war. Insofern war das also Taktik. Aber hier standen sich zwei Innenpolitiken gegenüber, unerfreulicherweise, ich beschuldige nicht, ich versuche zu verstehen, ich versuche nachzuvollziehen. Gott sei Dank dauerte diese Phase nicht allzu lange. Ganz zum Schluß, der Honecker-Besuch in Bonn 1987. Es war kein Geheimnis, auch damals schon, daß in Polen die Alarmglocken läuteten, wenn es Anzeichen dafür gab, daß Ost-Berlin und Bonn sich, sagen wir, näher kommen könnten, sehr nahe kommen könnten. Da läuteten die Glocken. Warum? Weil auch für die damaligen Machthaber in Polen die DDR ein sehr schwieriger Verbündeter war. Einer, der sie immer wieder unter Druck setzte. Eine Annäherung an die Bundesrepublik, so war die Befürchtung, könnte genutzt werden,

um die Pressuren auf Warschau zu erhöhen. Insofern also sehr gemischte Gefühle, die freilich so offen in der offiziellen Politik kaum Ausdruck finden konnten.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Reiter für Ihren Beitrag. Bitte schön, Herr Botschafter Kornblum.

Botschafter John C. Kornblum: Danke. Gemeinsam haben alle die Fragen, die an mich gestellt wurden, sozusagen die Frage: Wußten wir, was kommen würde, und hatten wir das so geplant? Die Antwort ist natürlich nein. Es hat bis tief in die 60er Jahre auch in Washington Gruppen gegeben, die tatsächlich mögliche Strategien in der Berlin-Frage und zur Wiedervereinigung reklamiert haben. Aber spätestens nach dem sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei drehte man sich in eine andere Richtung. Dann kam die Entspannungszeit. Wir hatten Strategien in Richtung allmählichen und hoffentlich positivem Wandels. Wenn man genau hinsieht, kann man erkennen, daß die Vereinigten Staaten, aber auch die NATO, mehrmals ziemlich genaue Ausführungen zu diesem Thema gemacht haben. Ich habe hier drei notiert. Erstens, im März 1988 gab es einen NATO-Gipfel, der auch den ersten NATO-Vorschlag zu KSZE-Verhandlungen über konventionelle Waffen vorlegte. Die Hälfte dieses Vorschlag-Papiers handelte vom friedlichen Wandel in Europa, Menschenrechten und der Öffnung der Grenzen etc. Im Juni 1989 gab es wieder einen NATO-Gipfel. Er verabschiedete eine Erklärung zur Überwindung der Teilung Europas und ein recht praktisches Programm mit konkreten Vorschlägen, wie man miteinander arbeiten sollte. Dann, im Juli 1990 in London, proklamierte die NATO das Ende der Feindschaft zur Sowjetunion, die Erweiterung der Rolle der KSZE, die Umstrukturierung ihrer Kampfverbände. Man kann sagen, daß da wirklich ein ziemlich genauer Plan vorgetragen wurde. Nun komme ich zu Herr Frickes Frage: Wie hat man den Honecker-Besuch in den USA aufgenommen? Ich glaube, man nahm Mitte der 80er Jahre bei uns mehr oder weniger an, daß die Bundesrepublik sich mit der Teilung abgefunden habe, da es kein großes Interesse mehr gab, daran etwas zu ändern. Sie erinnern sich an die Debatte über die deutsche Staatsangehörigkeit, ob es eine getrennte DDR-Staatsbürgerschaft geben sollte. Ich kam persönlich in Schwierigkeiten mit gewissen Politikern hier, weil ich gesagt habe, wir könnten derartiges nie akzeptieren, sollten wir in Berlin bleiben. Einige haben mich dafür sehr kritisiert. Ich erinnere mich auch an eine Konferenz in Bonn im September 1989, wohlge-merkt im September 1989, mit sehr vielen führenden Politiker aller Parteien, und ein britischer Korrespondent sagte: Es ist in Europa im Moment viel im Gange, Polen, Tschechoslowakei etc. Ist die Frage der deutschen Wiedervereinigung jetzt wieder aktuell? Alle diese berühmten Politiker haben darauf sehr neutralisch reagiert, und einer sagte: Damit wir uns recht verstehen, wir haben ein Moratorium von fünfzehn Jahren, und dann reden wir wieder über das Thema. Daß wir vielleicht nicht so genau geplant haben, läßt sich entschuldigen, denn man muß sehen, daß hier in diesem Land damals eine gewisse Angst bestand, wollen wir ehrlich sein, weil es einfach zu dramatisch war. Deshalb, wenn man jetzt auf die Frage kommt, auch von Herrn Hilsberg, wann es denn

eine konkrete Politik gegeben habe – na ja, wie das fast immer in der Politik ist, und die Herren Abgeordneten wissen das besser als ich, Politik wird immer sehr auf die Schnelle gemacht. Ein Planungsstab ist meistens nicht unbedingt dazu da, praktische Politik zu planen. Wenn man die verschiedenen Akten und Memoiren liest, kann man sehen, daß das alles sehr schnell zusammengebastelt wurde. Das macht es vielleicht noch erstaunlicher, daß es auch eine gewisse Konsistenz hatte, weil es sehr schnell gemacht wurde. Herr Faulenbach: Hat es Belastungen und sogar ein gewisses Gefühl der Kompetition gegeben? Das ist eine selbstverständliche Frage. Ich würde sagen: genau das Gegenteil. Besonders Präsident Bush, aber auch die Leute in seiner Umgebung haben nicht gesagt: Jetzt zeigen wir es den Sowjets, jetzt legen wir richtig los. Das glaube ich tatsächlich nicht. Sie hatten eher Bedenken, daß sie Gorbatschow zu sehr in die Ecke drängen könnten. Es gibt dieses Buch von Strobe Talbott und Michael Beschloss über die persönlichen Beziehungen zwischen Bush und Gorbatschow. Ich glaube, es zeigt, daß da wirklich kein Gefühl der Konkurrenz oder Überheblichkeit im Spiel war. Man wußte, daß Gorbatschow etwas sehr Schwieriges und Historisches versuchte, und man wollte ihm irgendwie dabei helfen. Belastungen zu anderen führenden Alliierten: Es hat harte Debatten gegeben, aber ich glaube nicht, daß es Belastungen gegeben hat. Im Nachhinein scheint es, daß alles sehr gut gelaufen ist. Es zeigt sich wieder, daß hin und wieder eine gewisse Entschiedenheit und eine gewisse Führung notwendig sind, um etwas zu erreichen. Zuletzt die Frage, ob die USA eine Rolle zwischen Polen und Deutschland gespielt haben in der Oder-Neiße-Frage in dem Sinne, daß sie versucht hätten, zwischen beiden auszugleichen. Soviel ich weiß, haben wir keinen Druck auf die eine oder andere Seite ausgeübt. Wir trauten unseren beiden Partnern, und wir wußten, daß sie zu einer friedlichen Lösung kommen würden.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Kornblum. Ich gebe das Wort an den Herrn Vorsitzenden.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Vielen Dank Herr Botschafter Kornblum, vielen Dank Herr Botschafter Reiter dafür, daß Sie bereit waren, uns aus Ihrer Sicht eine Darstellung über die Handlungsmöglichkeiten zu geben. Besonderen Dank für die Beantwortung der vielen Fragen. Wir haben natürlich gespürt, daß sehr vieles offen bleibt, weil die Zeit gar nicht dazu ausreicht. Ich bin Ihnen jedenfalls sehr dankbar, daß Sie bei uns waren. Ich wünsche Ihnen, Herr Botschafter Kornblum, eine gute Zeit in Deutschland, eine Zeit, die nicht so voller Turbulenzen sein wird wie die Zeit, über die wir hier reden. Ein Botschafter hat schon in ruhigen Zeiten genug zu tun. Und Ihnen, Herr Reiter, alles Gute bei Ihrer neuen Aufgabe in Warschau. Kommen Sie gut nach Hause. Sie treten den Rückweg sofort an. Nochmals herzlichen Dank namens der Kommission, daß Sie da waren.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Wir machen fünf Minuten Pause.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Meine Damen und Herren, wie vereinbart haben wir jetzt noch bis 15:50 Uhr Zeit, die einzelnen Referate, die heute vormittag zu den Sachgebieten gehalten wurden, zu diskutieren. Ich darf zunächst um Wortmeldungen bitten, damit sie hier gesammelt werden können. Als erster bitte Herr Faulenbach.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ich habe zunächst eine Frage an Herrn Oldenburg zur sowjetischen Haltung. Gorbatschow hat ja ein sehr positives Image in der deutschen Öffentlichkeit. Aber vielleicht müßte man die Politik Gorbatschows etwas näher beleuchten und danach fragen, was tatsächlich die Gorbatschowsche Politik in dieser Phase geprägt hat. Sie haben bestimmte realpolitische Kalküle oder auch eine bestimmte Konzeption Gorbatschows versucht einzuführen. Ich wäre dankbar, wenn Sie dieses etwas konkretisieren würden. Wenn die sowjetische Politik schließlich der NATO-Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschlands zugestimmt habe, so habe dies auch resultiert, so habe ich Sie verstanden, aus der Annahme, auf diese Weise könne eine Achse Bonn-Moskau befördert werden. Können Sie die Quellen für diese These offenlegen? Die These ist nicht ohne weiteres verständlich, daß mit diesem Zugeständnis das deutsch-sowjetische Verhältnis eine neue Qualität im Sinne einer Achse Bonn-Moskau bekommen würde. Sie haben zugleich von einer ethischen Fundierung der Politik Gorbatschows und Schewardnadses gesprochen. Worin bestand denn die neue Ethik der sowjetischen Politik?

Dann würde ich gerne an Herrn Friedrich zu den USA noch einmal eine Frage stellen: Sie haben kurz davon gesprochen, daß es eine besondere amerikanische Politik gegenüber der DDR gegeben habe, und haben dabei angedeutet, daß sie eine indirekte Spitze gegenüber Bonn gehabt habe, jedenfalls habe man Bonn beweisen wollen, daß man eine eigenständige Politik machen könne. Worin bestand die eigenständige amerikanische Politik?

Auch an Sie übrigens die Frage, die ich eben an den Botschafter gestellt habe: Ich würde die amerikanische Politik in der Wiedervereinigungsfrage gerne stärker in den globalen Zusammenhang amerikanischer Politik eingeordnet haben. Natürlich gibt es Prinzipien amerikanischer Politik, aber es gibt auch eine Realpolitik der amerikanischen Administration, die ebenfalls benannt werden sollte.

Schließlich an Herrn Gasteyger noch einmal eine Frage zu Frankreich. Wir haben über die Oder-Neiße-Problematik gesprochen. Nun ist ja unbestreitbar, daß es erhebliche Irritationen auch in der französischen Regierung im Hinblick auf diese Oder-Neiße-Frage gegeben hat. Worauf sind die angesichts des doch sonst so engen deutsch-französischen Verhältnisses zurückzuführen? Sie beziehen sich offenbar auf die offizielle Politik, aber noch stärker auf die französische Öffentlichkeit, die im Frühjahr 1990 in hohem Maße darüber beunruhigt war, daß die Bundesregierung anscheinend diese Frage irgendwie offenhalten wollte. Wie konnte es eigentlich zu diesen Mißverständnissen kommen? Mitterrand hat retrospektiv versucht, die eigene Haltung zu rationalisieren, so wird man wohl sagen müssen. Aber die Oder-Neiße-Linie, das hat er auch nachher

gesagt, sei eines der Essentials der französischen Politik in dieser Phase gewesen. Das andere war Europa, wie Sie gesagt haben. Übrigens, das dritte war erneut die Bekräftigung des Verzichts der Bundesrepublik Deutschland auf atomare und chemische Waffen. Eine Reihe von Essentials hat also die französische Politik versucht zu formulieren. Falls sie erfüllt würden, wollte man der Vereinigung zustimmen. Vielleicht können Sie diese zeitweiligen Irritationen im deutsch-französischen Verhältnis in dieser Phase, auch in ihren Verursachungen von beiden Seiten, beleuchten.

Schließlich noch eine Frage an Herrn Bingen. Wir haben eben über die polnische Politik näher gesprochen. Die polnische Öffentlichkeit ist in dieser Phase vermutlich doch stärker differenziert zu sehen. Wie können wir die polnische Deutschlandpolitik in den 80ern und in dieser Übergangsphase den verschiedenen politischen Lagern zuordnen? Herr Reiter hat die Politik aus der Sicht der Opposition dargestellt. Wir müssen dies aber doch noch einmal in das Gesamtableau der polnischen Politik einordnen. Vielleicht könnten Sie dies noch machen. Soweit meine Fragen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Faulenbach. Meine Herren Mitglieder der Kommission, ich muß eine wenig warnend meine Stimme erheben. Bei allem Respekt vor den berechtigten Fragen, aber wenn jedes Mitglied, das hier gemeldet hat, an alle vier Herren je ein zwei Fragen stellt, werden wir voraussichtlich unsere Agenda nicht realisieren können. Wir haben jetzt noch nach dem Zeitplan vierzig Minuten. Ich wäre dankbar, wenn Sie zunächst einmal, soweit dies möglich ist, Fragen stellen würden an zwei Herren des Podiums, damit die anderen auch noch die Möglichkeit haben, ihre Fragen anzubringen. Als nächster Herr Hilsberg. Bitte schön.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Ich habe in der Tat lediglich zwei Fragen. Die erste an Herrn Professor Gasteyger. Sie haben die Verbindung zwischen einer Politik der Europäischen Union betreffend Frankreich und England und der deutschen Einheit angedeutet. Man hört gelegentlich, daß beispielsweise auch die Währungsunion im Zusammenhang mit der Politik der deutschen Einheit zu sehen ist. Können Sie da irgendetwas sagen über die Zusammenhänge, auch über die Frage der Entscheidungsabläufe damals oder die Vertiefung der Europäischen Union? Daß dies eine unmittelbare Folge gewesen sei des Versuchs der Bundesregierung, das Einverständnis und den good will der westlichen europäischen Nachbarn herbeizuführen? Die zweite Frage an Herrn Friedrich. Mich würde es jetzt reizen, Sie zu bitten, den Vortrag von Herrn Kornblum zu kommentieren. Aber das wird in der Tat zu lang. Deshalb bloß eine ganz konkrete Frage. Sie haben von der CIA gesprochen. Was können Sie uns beziehungsweise wollen Sie uns über die Interessen der CIA mitteilen, die sie in diesen Prozeß der deutschen Einheit einbrachte? Ich meine, das Verhältnis ist da schillernd. Ich kann mich auch beispielsweise an die vielen Stasi-Offiziere erinnern, die später in den USA gewesen sein sollen, wie man gehört hat aus

berufenem Munde. Aber was ist denn das spezifische Interesse in der Zeit der europäischen Wende gewesen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Hilsberg auch dafür, daß Sie meinen Appell ernstgenommen und nur zwei Fragen gestellt haben. Ich hoffe, daß die nachfolgenden Herren sich ähnlich verhalten werden. Herr Fricke bitte.

Sv. Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Ich habe eine Frage an Herrn Oldenburg. Sie haben sich ja jahrelang mit der sowjetischen Deutschlandpolitik beschäftigt, nicht nur im Verhältnis zu Bonn, sondern auch im Verhältnis zu Ost-Berlin. Haben Sie Erkenntnisse darüber, daß es auch in Ost-Berlin Handlungsspielräume gegenüber Moskau gegeben hat? Hat zum Beispiel die sowjetische Führung die Ost-Berliner Führung in eigene Entscheidungsprozesse konsultativ eingebunden, oder wie ist das gelaufen? Auf welcher Ebene ist das gelaufen? Ist das auf staatlicher Ebene gelaufen, also über Botschafter und Außenministerien? Oder ist das von Parteiführung zu Parteiführung gewesen, und waren die Außenministerien nur mehr oder weniger Statisten in diesem Spiel?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank. Herr Gutzeit als nächster bitte.

Sv. Martin Gutzeit: Zuerst eine Frage an Herrn Bingen. Die Veränderungen in Mittelosteuropa, dabei ging es nicht nur um die DDR, es ist ja sozusagen ein ganzes Machtsystem sukzessive zusammengebrochen. Die Handlungsspielräume der Akteure in den verschiedenen Staaten, ich meine die Oppositionen, haben sich ja auch grundlegend geändert dadurch, daß eines nach dem anderen fiel. In der DDR ging etwas los, dann in der Tschechoslowakei, dann in Rumänien. Inwiefern haben sich da die Handlungsoptionen, sei es für die Sowjetunion, sei es aber auch für die anderen, von denen wir heute geredet haben, grundsätzlich verändert, so daß ursprüngliche Ziele oder Begrenzungen überhaupt obsolet waren? Das ist die erste Frage. Die zweite Frage: Es gab natürlich auch das Schaffen von Handlungsspielräumen. Ich kann mich entsinnen. Der erste ausländische Botschafter, der uns als Vorstand der Sozialdemokratischen Partei im Oktober 1989 zum Gespräch eingeladen hat, war der ungarische Botschafter. Sehen Sie das als aktive Politik der damaligen ungarischen Regierung, sozusagen die Opposition in der DDR moralisch zu unterstützen? Es ging um Unterstützung durch äußere Anerkennung. Zur Sozialistischen Internationale hatten wir sehr schnell Kontakt. Auch zum Beispiel die Schweden haben Kontakt zu uns aufgenommen, sie sind Anfang November schon hergekommen und haben versucht, von außen stützend einzugreifen. Die Botschaft der USA hat uns Anfang November zum Gespräch eingeladen, um uns zu hören, aber zugleich um uns damit zu sichern und zu schützen, denke ich. Wie weit sehen Sie da eine aktive Politik, zugunsten von Wandlungsprozessen innerhalb des Ostens Handlungsspielräume zu schaffen? Vielen Dank.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Gutzeit. Als nächster Herr Poppe bitte.

Abg. Gerd Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Die erste Frage an Herrn Oldenburg hat Herr Faulenbach im Prinzip schon gestellt. Aber mich würde interessieren: Wie ist denn die Gedankenkonstruktion von Falin zu beurteilen, wie sollte durch die Vollmitgliedschaft Deutschlands in der NATO das Bündnis zerstört werden? Es ist mir rätselhaft, welches Modell dahintersteckt, und das betrifft auch diese „Achse“. Meine Frage an Herrn Friedrich. Herr Botschafter Kornblum hat ja die amerikanische Politik im Einheitsprozess sehr pragmatisch und situationsbezogen dargestellt. Nun würde mich dennoch interessieren angesichts des bevorstehenden Zusammenbruchs der Sowjetunion, der mindestens 1990 schon vermutet werden konnte: Welche Rolle hat denn überhaupt für die amerikanische Administration die Einordnung der deutschen Einheit in den gesamteuropäischen Kontext, das Ende der Teilung von Jalta, gespielt? War das wirklich der reine Pragmatismus? Man könnte auf diese Vermutung kommen, wenn man bedenkt, daß es sieben Jahre gedauert hat bis zur NATO-Rußlandakte oder bis zu den Beitrittsanträgen der ost- und mitteleuropäischen Staaten in die NATO und in die EU. Aber irgendwie will mir das nicht in den Kopf, daß es nicht schon 1990 eine Vorüberlegung für den Fall des Zerfalls der Sowjetunion gegeben hätte; das Baltikum wurde heute schon einmal erwähnt, seine Entwicklung ist ja auch schon damals absehbar gewesen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Poppe. Das war ja auch eine Frage, die ich am Schluß zu stellen versucht habe. Eine ganz wichtige Perspektive, aber vielleicht kann Herr Friedrich dazu Stellung nehmen. Als nächster Herr Wilke, bitte schön.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich habe eine Frage an Herrn Gasteyer. Sie haben Ihren Vortrag beendet mit dem Hinweis auf die Verschiebung der Rolle der westeuropäischen Mächte, Frankreich und England, durch die deutsche Vereinigung. In dem Buch des englischen Historikers Hobsbawm ist zu lesen, daß die europäischen Mächte am Ende dieses Jahrhunderts die Rolle ausgeübt haben, die sie am Anfang des Jahrhunderts innehatten, und er sagt dann, mit einer Ausnahme: Deutschland vielleicht. Die Diskussion um das Verständnis des Prozesses dreht sich ja immer um die Fragen nach den Werten, die die Außenpolitik der Staaten leiten, und um ihre Interessen. Was wir gar nicht mehr so richtig diskutieren, ist eigentlich die Frage der Instrumente, des Potentials staatlicher Macht. Klar ist, daß die atomare Überwölbung alles andere dominiert hat. Aber unterhalb dessen, und darauf hat Hans-Adolf Jacobsen immer sehr viel Wert gelegt, haben die Deutschen ja mit Diplomatie und Wirtschaftskraft eine ganze Menge für ihre Interessen bewegt. Obwohl es so aussah, als wäre zum Beispiel die deutsche Einheitsfrage vom Tisch, hatte ich immer das Gefühl, daß die Nachbarn uns das überhaupt nicht glaubten, weil sie sich gar nicht vorstellen konnten, daß eine solche Nation mit diesem Schicksal in diesem Jahrhundert, die zwei Weltkriege geführt hat, um ihre imperiale Rolle in Europa durchzusetzen, daß die einfach sagt, die Frage der Einheit der Nation interessiert uns nicht mehr, wir fallen zurück in einen Partikularismus. Und auf der anderen Seite bestanden die rechtlichen Bindungen und

Institutionen. Das war ja nicht so einfach, die Politiker in Westdeutschland konnten aus der deutschen Frage nicht einfach aussteigen, es gab das Grundgesetz. Das ist das eine. Und das zweite ist, daß bei allen diesen Differenzen und den seit 1949 geschaffenen europäisch/atlantischen Institutionen dennoch dieser Prozeß bei allen Meinungsverschiedenheiten und Interessenunterschieden der Staaten die Oberhand behalten hat. Meine Grundfrage zielt auf die Gewichtung dieses Verhältnisses von Interessen, Werten, Mitteln und Methoden von Mächten, die nicht über die ultimativen Waffen verfügen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank. Als letzter Herr Meckel. Bitte.

Abg. Markus Meckel (SPD): Ich weiß nicht genau, an wen ich meine Frage richten soll, vielleicht an alle, sofern sie beantwortbar ist. Es geht nicht um die Kommunikation im Rahmen der Europäischen Union, damals der Europäischen Gemeinschaft. Es war ja klar, wir hatten noch im April in die Koalitionsvereinbarungen der DDR-Regierung geschrieben, daß die Perspektive der Vereinigung gleichzeitig den EG-Beitritt einschloß. Und da genauso klar war, daß unsere Betriebe, die Landwirtschaft etc. Übergangsregelungen brauchten, wenn nicht alles kaputtgehen sollte, es aber keine Sonderverhandlungen zum EG-Beitritt geben würde, sondern mit dem Beitritt die Mitgliedschaft einträte, suchten wir in dieser Zeit den Kontakt mit der Kommission und führten dann auch Gespräche im Europäischen Parlament. Es gab in diesen Monaten eine ganze Reihe von Kontakten mit dem Versuch, Übergangsregelungen zu erwirken. Sie wurden von der Bundesregierung unterlaufen. Im Rahmen der EG sollte alles beim alten bleiben, etwa die Zahl der Sitze im Europäischen Parlament. Es sollte verhindert werden, im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft eigene Verhandlungen führen zu müssen. Das spielte für die Schnelligkeit der Verhandlungsabläufe eine wichtige Rolle und machte den Rücken frei. Aber für uns schuf es die Schwierigkeit, daß wir abhängig davon waren, daß der jeweilige Bundesminister, insbesondere der Landwirtschaftsminister, der auch seine eigenen Interessen (wenn ich an die bayerischen Bauern denke) und Angst hatte – die hatten ja alle Angst vor den umstrukturierten landwirtschaftlichen Betrieben in Ostdeutschland –, unsere Interessen vertrat. Hier gab es also ein Problem. Können Sie über diesen Diskussionszusammenhang etwas sagen, was vielleicht bisher noch nicht so bekannt ist?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Meckel. Als letzte Wortmeldung Herr Hiller, sonst kommen wir nicht mehr durch. Bitte schön Herr Hiller.

Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Wir haben ja hauptsächlich über Handlungsspielräume diskutiert. Wir haben sehr eindrucksvoll gehört, als die Frage der Einheit anstand, wie Frau Thatcher und auch Herr Mitterrand im aktiven Prozeß noch versucht haben, Widerstand zu leisten. Eine ähnliche Frage habe ich an Herrn Bingen. Könnten Sie uns etwas mehr erzählen über die osteuropäischen Staaten, vor allen Dingen, wann der Zeitpunkt gekommen war, da man sich ernsthaft mit der Frage der deutschen Einheit befassen mußte.

Aber vielleicht können Sie auch etwas sagen zu der jeweiligen Opposition in diesen mittelosteuropäischen Ländern.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Hiller. Wir haben jetzt eine schwierige Aufgabe vor uns, und ich hoffe, daß die Herren des Podiums das zu meistern vermögen. Jeder der hier Anwesenden auf dem Podium hat vier Fragen bekommen. Ich gucke auf die Uhr und weise darauf hin, daß vor dem Hintergrund des Zeitfaktors jeder von Ihnen etwa sieben Minuten zu Beantwortung der an Sie gestellten Fragen hat, damit wir einigermaßen im Rahmen dessen bleiben, was wir uns vorgenommen haben. Ich erlaube mir nach sechs Minuten, die Hand zu heben, damit Sie wissen, jetzt habe ich nur noch eine Minute. Es geht darum, präzise und knapp zu antworten, damit die hier gestellten Fragen doch wenigstens ansatzweise beantwortet werden. Als erster, wir fangen diesmal umgekehrt an, Herr Bingen, dann Herr Friederich, dann Herr Gasteyger und schließlich Herr Oldenburg. Bitte Herr Bingen.

Dr. Dieter Bingen: Zuerst komme ich zu der Frage von Herrn Hiller. Die Frage der deutschen Einheit ist ernsthaft angegangen worden erstmals in Polen mit der Formulierung von vier Prämissen der polnischen Regierung am 10. November, die als Voraussetzungen für die deutsche Einheit genannt wurden. Als erstes wurde das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes in seinen beiden Teilen festgestellt, dann folgten noch ganz allgemein Kautelen für den Gang der Wiedervereinigung. Eigentlich ist dies mit dem Mauerfall für die polnische Politik ein aktuelles Problem, ein operatives Problem geworden. Ebenso für Ungarn. Dort hat Außenminister Horn auch am 11. November und an den darauffolgenden Tagen, also unmittelbar nach dem Mauerfall, dazu Stellung genommen und gesagt, die deutsche Einheit könne, man wisse nicht wann, aber unter Umständen sehr schnell zu einer aktuellen Frage werden. Er hat auch schon Stellung genommen zur Bündnisfrage und schon von einem neutralen Deutschland unter Vier-Mächte-Verantwortung gesprochen. Für die tschechoslowakische Regierung ist diese Frage erst aktuell geworden nach dem Regierungs- und Präsidentenwechsel. In Ungarn war es noch die reformsozialistische/ kommunistische Führung, die sich offiziell positiv zur Einheit geäußert hat, in Polen die Reformregierung unter Mazowiecki. In der Tschechoslowakei dann auch die Übergangsregierung, Außenminister Dienstbier beziehungsweise dann ab Ende Dezember Präsident Havel – Anfang Januar erster Besuch in München und Ostberlin –, allerdings noch mit dem Vorbehalt, in der Tschechoslowakei dann auch noch sehr deutlich bis März/April, daß es die Aufgabe der Deutschen sei, das Mißtrauen der Nachbarn auszuräumen. Das war eine tschechoslowakische Position. Was die Handlungsspielräume anbetrifft, so ist das natürlich eine ganz entscheidende Frage seit der Entwicklung in Ungarn Mai-August 1989 und Tschechoslowakei im September im Zusammenhang mit der Flüchtlingsbewegung. Es ist für alle Regierungen eine Try-and-Error-Situation gewesen. Das gilt ebenso für die polnische Regierung im August 1989 mit der Regierungsübernahme Mazowieckis. Es gab keine Präzedenzfälle. Mit dem Gang der Dinge mußte mit der sowjetischen Führung

neu austariert werden, wie die Handlungsspielräume sind. Und in erster Linie ging es zum Beispiel im polnischen Fall um die Wahlfreiheit im Inneren. Auch darum mußte noch gekämpft werden Ende August (das Gespräch Rakowski/Gorbatschow, und dann die Notwendigkeit, die Schlüsselministerien in der Hand von kommunistischen Ministern zu belassen sowie das Präsidentenamt bei Jaruzelski). Also hier ging es um innenpolitische Handlungsspielräume, und die außenpolitischen Handlungsspielräume mußten von Polen dann ebenfalls recht bald erkämpft werden. Das gilt für alle drei Länder Ostmitteleuropas. Es gab keine Vorabereinbarung, sondern man mußte auf die aktuellen Herausforderungen antworten, die mehr oder weniger souverän gemeistert wurden. Die ungarische Haltung war so, daß man die sowjetische Seite erst am Tag vor der Öffnung der Grenzen offiziell informiert hat, um keine Möglichkeit der Intervention zu schaffen. Das heißt, es war eine Try-and-Error-Situation, in der sich die kleineren Länder des Warschauer Pakts ihre außenpolitischen Handlungsspielräume erkämpft haben, die sie sich auch selbst entsprechend dem Gefühl der Bedrohung oder Nichtbedrohung durch das wiederzuvereinigende Deutschland genommen haben. Es ist ja nun bekannt, daß Polen noch am 11. Februar, im Gegensatz zur Tschechoslowakei und zu Ungarn, das sowjetische Angebot, über den Abzug sowjetischer Truppen zu verhandeln, nicht angenommen und im Gegenteil die Frage der sowjetischen Präsenz in Polen angesichts des sich vereinigenden Deutschland dann noch einmal kurzfristig in die Waagschale geworfen hat. Die polnische Öffentlichkeit ist Ende der 80er Jahre mittels Meinungsumfragen auf ihre Haltung zur deutschen Frage zu Deutschland untersucht worden. Es ist hier festzustellen, daß sich das Bild Deutschlands als Nachbar bis Ende 1989 verbesserte. Nach dem Januar 1990 gab es dann aber bis zum Frühjahr hin ein tiefes Fallen und ein Ansteigen der Bedrohungsvorstellung allein wegen der schieren Größe, nicht unbedingt aus Angst vor einer Grenzrevision, aber Angst vor einem großen starken Deutschland. Hierauf mußte die polnische Regierung reagieren, zumal diese Bedrohungsvorstellungen dann auch von der postkommunistischen Seite ausgenutzt worden sind und potentieller Verrat der polnischen Staatsräson durch die Regierung Mazowiecki/Skubiszewski immer im Raume stand. In diesem Zusammenhang ist natürlich die Frage reizvoll: Was wäre gewesen, wenn Bundeskanzler Kohl am 28. November den elften Punkt aufgenommen hätte; er hätte eigentlich nicht mehr sagen können als Rüge 1985, das heißt, es wäre weiterhin die politische Bindungswirkung gewesen. Er hätte nicht die verbindliche Aussage machen können, die das vereinte Deutschland dann gegenüber Polen tatsächlich getroffen hat. Die Frage ist, ob damit das Mißtrauen Polens im Vereinigungsprozess ausgeräumt worden wäre oder nicht dieselben Fragen mit einem Verzug von wenigen Wochen oder Monaten dann doch auf die Tagesordnung gekommen wären, also die Forderung, daß dieses sich wiedervereinigende Deutschland sich schon vorher völkerrechtlich definitiv zur Oder-Neiße-Grenze äußern solle. Die Frage ist, ob da wirklich viel verloren ging, indem dieser Punkt von Kohl am 28. November nicht genannt worden ist.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Bingen. Als nächster Herr Friedrich.

Prof. Dr. Wolfgang-Uwe Friedrich: Vielleicht zunächst doch ganz kurz zu Stephan Hilsbergs Bemerkung bezüglich meines Kommentars zu John Kornblums Vortrag. Ich stimme bis auf einen Punkt, nämlich den von Herrn Poppe genannten, KSZE, mit Kornblums Ausführungen völlig überein. Ein paar Nuancen würde ich vielleicht etwas anders formulieren. Was er zum Beispiel über Bushs Rede in Brüssel im Dezember 1989 gesagt hat, das finden Sie in meinem Thesenpapier unter Ad 5. Nur datiere ich es auf November 1989 und habe Ihnen gesagt, daß es das Papier von Dennis Ross und Francis Fukuyama ist. Und das hat Baker aufgegriffen, dann ist es vom NSC aufgegriffen worden, und dann hat es Präsident Bush in Brüssel verkündet. Vielleicht noch eine Bemerkung zu Stephan Hilsbergs Frage zur CIA. Erstens gibt es das Buch von Hutchings. Zweitens gibt es eine Menge Information über Gates, der im Weißen Haus saß und von der CIA kommt. Aber was interessant ist für uns, ist, daß die CIA tatsächlich keinerlei Planung hatte und auch keine verlässliche Informationen ans Weiße Haus oder an das State Department gegeben hat des Inhalts, der Zusammenbruch der Sowjetunion stehe bevor. Sie haben in der zweiten Jahreshälfte 1989 aufmerksam registriert, was Sie, Herr Gutzeit, Herr Hilsberg und Herr Meckel, in der DDR gemacht haben, natürlich mit viel größerer Intensität, was in Polen und in Ungarn vor sich ging. Sie haben, das ist jetzt interessant für uns, Analytiker gehabt, die an westdeutschen und Westberliner Universitäten studiert haben, die genau wie die Status-quo-orientierten Karrierediplomaten im State Department die Frage der deutschen Einheit nicht stellten. Sie sahen die Dinge durch die Brille des westdeutschen Establishments, das die Frage der deutschen Einheit nicht diskutieren wollte. Ich erinnere mich, daß ich in dieser Phase mit mehreren amerikanischen Politikern, auch hochrangigen Politikern, diskutiert habe, und sie sagten regelmäßig, wenn ich die Frage stellte, weil es für mich, ich war im Kuratorium Unteilbares Deutschland, seit '85 ein Anliegen war, don't touch it. Von daher gab es in Amerika Fehlperzeptionen, die in gewisser Weise sogar von uns zu verantworten sind. Das bringt mich auch zu dem Punkt, den Herr Jacobsen angesprochen hat. Die Begriffe Einheit, Wiedervereinigung, Harmelbericht wurden immer verwandt, aber es gab doch keine Konzepte. Kornblum hat völlig recht, es gab keine Konzepte. Eine ganz wichtige Lehre sollten wir aus dem Prozeß der deutschen Einheit ziehen. Solange man seine Werte und Ziele nicht klar definiert, riskiert man, daß sie von anderen nicht erkannt werden. Ridgway im State Department hat als Assistant Secretary for European Affairs dem Weißen Haus mehrfach gesagt, zuletzt beim Antritt der Bush-Administration zu Beginn des Jahres 1989, als diese überlegte, sollen wir die deutsche Frage thematisieren oder nicht: Nein, es existieren keine Handlungsspielräume, die Deutschen selber sind nicht interessiert an diesen Handlungsspielräumen. Die deutsche Frage ist kein Thema. Ich glaube, das ist, wenn wir um Wahrhaftigkeit und Lehren bemüht sind, eine ganz wichtige Erkenntnis. Die Bundesrepublik täte gut daran, daraus zu lernen. Jetzt komme ich auf zwei Details, um dann

abschließend auf Herrn Faulenbachs Frage nach den globalen Zusammenhängen einzugehen. Zwei Details, nämlich einmal Kommunikation im Rahmen der EG von Herrn Meckel. Dazu kann ich nicht viel sagen, nur einen Punkt. Kornblum hat richtig dargestellt, daß die USA sehr intensiv als Moderator in den Prozeß eingriffen, nicht nur in Bezug auf Polen. Wie Herr Koschyk zu recht sagte, hat Bush selbst Frau Thatcher auf Kurs gebracht. Ich würde das übrigens nicht für Hurd sagen, der eine Position einnahm, die sehr nah an der von Bundesaußenminister Genscher war, jedenfalls so ungefähr April/Mai 1990 und dann bei den Zwei-plus-Vier Verhandlungen. Als Moderator haben die USA in diese Kommunikationsprozesse eingegriffen, und Bush hat sehr viel Energie darauf verwandt, zum Beispiel mit van den Broeck in Holland zu sprechen, mit Andreotti und so weiter, immer Informationen weiterzugeben, über die umgehend über Scowcroft, Teltchik und über diese Linie Kohl informiert wurde. Das war ein ganz wichtiger Punkt.

Nun zur USA-Politik gegenüber der DDR. Die gab es, die zu entwickeln wurde 1984 versucht, die sogenannte „Paketlösung“, an der war Kornblum beteiligt. Das heißt, die DDR hatte zwei große Dinge zu lösen. Es gab mehrere Fragen, aber zwei ganz wichtige. Die eine wichtige Frage war, jüdische Entschädigung, jewish claims. Und in diesem Zusammenhang kam es zu peinlichen Auftritten, etwa zu Honeckers Überweisung von 1 Million über die Liga für Völkerfreundschaft an die Jewish-Claims-Conference in New York. Das Geld wurde umgehend zurücküberwiesen. Der andere Punkt war der, daß die Vereinigten Staaten tatsächlich die Mauer und die Menschenrechtslage als ernste Frage betrachteten. Und es gab andere Punkte, zum Beispiel den Terrorismus, der immer wieder angesprochen wurde, zum Beispiel inwieweit die DDR in terroristische Aktivitäten verwickelt war. Der amerikanische Geheimdienst wußte, daß es da, La Belle, Stasi-Verbindungen gab. Ich will auf den letzten Punkt kommen, globaler Rahmen. Ich würde es mal so sagen, bis 1989 ist das überragende Konzept der amerikanischen Außenpolitik Containment. Das geht wirklich bis hin zum 18. Breitengrad in Korea. Containment rund um die Sowjetunion, wobei in den 50ern und 60er Jahren von den Amerikanern Sowjetunion und China in einen Topf geworfen wurden. In diesem Containment-Konzept hat die Bundesrepublik Deutschland eine Schlüsselstellung. Wir sind für die Vereinigten Staaten, abgesehen von dem Faktor Sowjetunion, die wichtigste Macht in Europa. In Asien ist es, nicht ganz vergleichbar, weil es da andere Probleme gibt, Japan. Das gilt auch für die Gegenwart und für die Zukunft. Ich glaube, daß der globale Zusammenhang bis 1989 in der Containment-Politik lag, und ein Eckstein der Containment-Politik war Deutschland. Ab 1989 beginnt die amerikanische Bush-Administration – da wären viele Reden zu nennen, die Bush an Universitäten gehalten hat –, den Gedanken an ein Europa jenseits der Teilung zu lancieren. Was kann man tun? Er warf einen Stein ins Wasser, wollte die Reaktionen sehen. Es wurde sehr sorgfältig analysiert, wie die Reaktion auch in Europa war, Handlungsspielräume wurden im Verlauf des Jahres 1989 getestet. Aber welche Möglichkeiten überhaupt bestanden, das, würde ich sagen, das entwickelte sich erst im Winter 1989/90, als

sich zeigte, daß die Wiedervereinigung möglich war. Die Wiedervereinigung heißt Deutschland vereint, heißt Selbstbestimmungsrecht, aber Deutschland mit Westbindung. Aus diesem Grund wurde seinerzeit der Versailler Vertrag im amerikanischen Senat abgelehnt. Er wurde abgelehnt, weil es ein Unrechtsvertrag war. Die Senatoren sagten, darauf können wir keinen Frieden gründen. Und der Zwei-plus-Vier Vertrag hat 98 Ja-Stimmen bekommen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank lieber Herr Friedrich. Als Politikwissenschaftler wissen Sie ja, daß wir stets von neuem vor Sachzwängen stehen, mit denen wir irgendwie fertigwerden müssen. Das ist in diesem Falle auch gegeben. Aber ich bin dankbar, daß Sie versucht haben, so weit wie möglich in der Kürze der Zeit einige Antworten zu geben. Ich darf jetzt Herrn Gasteyger bitten, ähnlich zu verfahren, und sich auf die sieben/acht Minuten zu beschränken, so daß wir unser Zeitlimit einigermaßen einhalten. Bitte Herr Gasteyger.

Prof. Dr. Curt Gasteyger: Vielen Dank. Seien Sie beruhigt meine Damen und Herren, mein Zug fährt in einer halben Stunde. Ich glaube, semantisch wäre es ganz wichtig und nützlich, sich zu erinnern, daß es Handlungsspielräume gibt, die verhindern, und solche, die mitgestalten. Ganz eindeutig war bei den beiden Mächten, die ich zu behandeln hatte, das erstere viel stärker als das zweite. Übrigens, vergessen wir nicht, daß wir noch einen fünften Teilnehmer hatten, nämlich Italien, der im Grunde genommen auch gerne bei diesen Zwei-plus-Vier-Gesprächen dabei gewesen wäre. Zu Herrn Faulenbach. Hier gilt es an den Mitterrand'schen Wunsch anzuknüpfen, sich letzten Endes auf der de Gaulleschen außenpolitischen Linie zu bewegen. Mit anderen Worten, den Grundregeln, die de Gaulle seinerzeit schon für Deutschland und seine Zukunft aufgestellt hatte, mehr oder weniger weit zu folgen, das heißt Einbindung Deutschlands in die Europäische Union, Festigung oder Bestätigung der Oder-Neiße-Linie und schließlich selbstverständlich deutsch-französische Freundschaft. Die Oder-Neiße-Linie wurde deswegen sehr stark mit dem Vereinigten Königreich als einer der verhindernden Handlungsspielräume von Mitterrand nach vorne geschoben. Zunächst einmal als Prinzip der KSZE, Unverletzlichkeit der Grenzen. Zweitens, seien wir ganz offen, auch im Blick auf ein schlechtes Gewissen, das man gegenüber Polen nach wie vor hatte. Unterschätzen wir nicht das lange Gedächtnis der Völker. Man hat der Bundesregierung vorgeworfen, die Oder-Neiße-Linie wiederum nur als innerdeutsches Problem zu behandeln, nämlich durch eine einseitige Erklärung des Bundestages, und nicht, wie es Frankreich und Großbritannien wollten, als international abgesicherten Vertrag. Zu Herrn Hilsberg. Auch hier darf ich mit Mitterrand beginnen. Mitterrand hat sehr deutlich gesagt: „Ich bin für eine Wiedervereinigung, wenn sie nach Fortschritten im europäischen Integrationsprozess stattfinden wird.“ Er hat sich hier in der Zeitfolge natürlich genauso überraschen lassen wie alle anderen. Deutschland hat immerhin insofern mitgespielt, als es sagte, es sei bereit, auch als Preis für die Wiedervereinigung, vom Gemeinsamen Markt über die Europäische Währungsunion, wenn möglich, zur Politischen Union weiterzuschreiten. Die Bundesregierung ist nicht durchgedrun-

gen, wo es dann in Maastricht um die Reihenfolge Europäische Wirtschaftsunion und Politische Union ging. Wir wissen, daß die Politische Union damals und wahrscheinlich bis auf weiteres in die weitere Ferne geschoben wurde. Schließlich noch zu diesem von Herrn Friedrich ebenfalls angesprochenen internationalen Aspekt, Herr Wilke, Sie haben darauf ebenfalls hingewiesen. Ich glaube, eine der schmerzlichen Erkenntnisse Frankreichs hinsichtlich Deutschlands war im Blick auf die sich verändernde strategische Konstellation in Europa der sinkende Wert seiner nuklearen Rüstung. Das ist eigentlich noch das einzige Unterscheidungsmerkmal gegenüber Deutschland. Alle anderen Elemente, die machtpolitisch einigermaßen ins Gewicht fallen, gehen zugunsten Deutschlands: die geographische Lage, die Bevölkerung, das Wirtschaftspotential. All das sind natürlich Elemente, die für Frankreich und Großbritannien diese Verschiebung in Richtung Deutschland sehr deutlich und sehr schmerzlich gemacht haben. Deutschlands Grenzen sind zudem offen gegenüber dem Osten. Rapallo spukt immer noch in den Gedächtnissen der Völker weiter, so daß man wahrscheinlich diese sehr tiefe Beunruhigung über die machtpolitische Verschiebung auf dem Kontinent bei den beiden großen europäischen Mächten verstehen muß. Deutschland wurde, und das sicher, seit Bush sich für die deutsche Wiedervereinigung so deutlich erklärt hat, und wird auch heute noch als Hauptpartner der Vereinigten Staaten angesehen. Das ist natürlich ebenfalls etwas, was vor allem die Engländer besonders geschmerzt hat. Ich glaube, heute ist man in einer Phase, in der man das einigermaßen zu akzeptieren bereit ist. Aber unterschätzen wir, und damit schließe ich, unterschätzen wir nicht das lange Gedächtnis der Völker. Damit bleibt das Deutschlandproblem in ganz anderer Weise nach wie vor ein Problem europäischer Politik.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Gasteyer. Als letzter Herr Oldenburg. Bitte schön.

Dipl.-Pol. Fred Oldenburg: Herr Faulenbach, Sie haben sich nach dem realpolitischen Kalkül und der Achse Moskau-Berlin gefragt. Ich habe mich immer selber gefragt, was neben den idealistischen Versuchen der Gorbatschowschen Politik und der objektiven Notwendigkeit an „Frontbegrädigung“ hinter Gorbatschows Politik und Zugeständnissen stehen könnte, und bin dann auf eine Antwort gestoßen, als Kosyrew mehrfach im Gespräch mit Kinkel die Frage der Achse Bonn-Moskau angesprochen hat. Ich habe mich gefragt, welche Denkschule steckt dahinter bei Kosyrew? Er war ja vorher im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR beschäftigt. Eine Antwort gibt uns Anatoli Tschernjajew, und das ist die Frage nach der Quelle, die ich beantworten möchte, einer der engsten Mitarbeiter, der engste Mitarbeiter in außenpolitischen Fragen, wie Sie wissen, von Gorbatschow zwischen 1986 und 1991 in seinem Artikel „Objedinenije Germanii: Polititscheskije mehanizmy i psihologitscheskije stereotypy“ vom August, 1997 in „Swobodnaja mysl“. Ich zitiere: „Die Achse Moskau-Berlin, über die 'unterschwellig' faktisch schon

zwischen Gorbatschow und Kohl gesprochen wurde, wäre ein bestimmender Faktor des realen europäischen Prozesses geworden. Und dieser wäre nicht, wie es jetzt geschehen ist, zu einem Prozeß der NATO-Erweiterung ausgeartet. Deutschland, das längst wußte, daß die NATO nicht allein zur 'Eindämmung des Kreml' besteht, sondern auch, um es selbst 'im Zaum zu halten', würde sich kaum so leicht auf das amerikanische Vorhaben einlassen, wenn es die andere Supermacht 'zum Freund' hätte“ (a. a. O., S. 25). Das heißt, hier ist eine Erklärung für das sowjetische Verhalten zu der damaligen Zeit, eine mögliche Erklärung. Keine hinreichende. Aber Tschernjajew war natürlich ein sehr wesentlicher Ideengeber für Gorbatschow. Zur zweiten Frage: ethische Fundierung. Ich meine, daß anstelle des seit Lenin herrschenden Klassenkampfkonzeptes unter Gorbatschow wirklich ein kosmopolitischer Universalismus, ein allgemein – menschlicher Wertetypus in der Außenpolitik für die Sowjetunion greifbar wird, der der bisherigen Realpolitik, über die ich gerade eben sprechen konnte, unterlegt war. Es war auch ein Verständnis für die Sorgen und Nöte, glaube ich, des deutschen Volkes, das sich im Prozeß des Zusammenbruchs der DDR herausgebildet hat. Tschernjajew hat darüber gesprochen, mehrfach mit Galkin geschrieben, und auch wieder in diesem Artikel über die Entwicklung Gorbatschows, übrigens ein Artikel, der sehr kritisch ist. Zugegeben, Tschernjajew sitzt im Gorbatschowfonds, wird also von Gorbatschow wahrscheinlich bezahlt. Aber ich denke, der Artikel ist nicht nur propagandistisch gemeint. Ich denke, daß Gorbatschow einen Lernprozess durchgemacht hat, der wirklich sehr wesentlich war. Zu Herrn Frickes Frage nach den Handlungsspielräumen. Die Handlungsspielräume waren bestimmt von gegenseitiger Übereinstimmung, aber auch von zunehmendem, immer wiederkehrendem Mißtrauen. Das beginnt mit dem späten Ulbricht, das geht weiter bei Honecker und Mittag, sollte zum Sturz von Mittag führen, der von Breschnew vergeblich eingefordert wurde, und führt dann dazu, daß Gorbatschow, wie auch andere vor ihm, die interne SED-Opposition unter Stoph nicht nutzt. Es gab ein ständiges Informieren aus dem SED-Politbüro nach Moskau hin, das Moskau hätte nutzen können zum Sturz Honeckers. Da geht es um Mielke, um Krolikowski, um Neumann, um Hager und andere, und es hat immer wieder zu tun mit der schleichenden und offenen Anbindung der DDR an die Bundesrepublik. Das ist die Grundfrage, die Ulbricht zum Sturz bringt, nicht so sehr sein Widerstand gegen die Verträge und wegen West-Berlins, sondern sein Versuch, mit der SPD vor den Sowjets einen Handel zu machen und mit Willy Brandt ins Geschäft zu kommen. Das hat seinen Sturz mit herbeigeführt. Die Analyse des Chefanalysikers Kusmin von der KGB-Vertretung in Berlin-Karlshorst belegt sehr deutlich die Unfähigkeit des KGB, zu verstehen, was in der DDR passierte. Die KGB-Mitarbeiter in Ostberlin sehen immer nur auf die Abhängigkeit der DDR von der Bundesrepublik und verstehen nicht, welche Rolle die DDR-Opposition in diesem Zerfallsprozess spielte. Sie analysieren den Zerfallsprozess von oben, aber den von unten verstehen sie wegen der Gebundenheit an marxistisch/leninistische Kriterien nicht. Noch ein Stichwort zu Herrn Hiller. Gorbatschow hat in Bezug auf die ungarischen Grenzöffnungen mitgewirkt, hat zugestimmt. Schewardnadse hat bei allen Fluchtproblemen Hilfe-

stellung geleistet, das heißt, der Versuch der indirekten oder auch der gewollten Destabilisierung Honeckers durch diese Förderung oder Akzeptanz der Fluchtbewegung ist ein objektivierbarer Faktor. Herr Poppe als letzter Fragesteller. Die NATO-Zerstörung, von der Falin am 15. September gegenüber einem mir nicht bekannten Vertreter der PDS-Führung sprach und die ich im PDS-Archiv gefunden habe, ist offensichtlich eine Interpretation von Falin über Gorbatschows Absichten. Sie paßt in das realpolitische Kalkül. Gorbatschow soll, so Falin, geglaubt haben, die Eingliederung des wiedervereinigten Deutschlands in die NATO würde einfach qua deutschen Gewichts und deutscher Interessen, hier kommen natürlich die Erinnerungen an Rapallo und die Hoffnung auf eine Achse als wichtige Punkte hinzu, die NATO zerstören, da man Deutschland beeinflussen könne. Die Quelle ist ein Gespräch von Valentin Falin, PDS-Archiv, einige „Gedanken des Genossen Falin vom 15.9.1990“. Danke.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Meine Damen und Herren, es tut mir leid, daß wir, wie häufig, unsere Herren Referenten ein wenig unter Druck setzen mußten. Es gibt so viele Probleme, von denen wir nur Teile hier behandeln können, aber insgesamt, glaube ich, war gerade auch diese zweite Runde nützlich. Wir haben zusätzliche Informationen erhalten, die wir vielleicht sinnvoll dann in den Bericht mit einbinden können. Insofern, glaube ich, war es eine gelungene Veranstaltung. Ich darf aber zunächst das Wort an den Herrn Vorsitzenden zurückgeben.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Meine Damen und Herren, ich habe die leichteste Aufgabe. Aber sie kommt von Herzen. Ich möchte unseren Referenten herzlich danken.

(Beifall)

Ich habe das auch bei Herrn Professor Gasteyer bereits getan, er mußte mit dem Wagen zum Bahnhof. Ich glaube, es war ein hochinteressanter Vormittag und halber Nachmittag. Es waren insbesondere die internationalen Akteure, die wir im Blick hatten. Wir werden jetzt nach einer kurzen Pause uns mit den deutschen Akteuren auseinandersetzen. Wir sehen uns also möglichst um 16:05 Uhr wieder. Ich hoffe, daß Herr Seiters bis dahin da ist.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Meine Damen und Herren, wir fahren fort in unserer Anhörung. Nachdem wir also den außenpolitischen Teil abgeschlossen haben, kommen jetzt die deutschen Akteure auf die Bühne. Ich begrüße Herrn Seiters, unseren Kollegen von der CDU/CSU-Fraktion, und Herrn Meckel. In der Podiumsdiskussion gesellen sich dann Herr Poppe und Herr Irmer dazu. Die Gesamtleitung und Moderation dieses Blocks hat unser sachverständiges Mitglied Professor Dr. Bernd Faulenbach.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine Damen und Herren, wir haben vorhin die internationale Politik mit ihren Akteuren und den jeweiligen Interessen diskutiert. Es geht jetzt in dem Schlußteil um die deutsche Perzeption dieser internationalen Politik, aber auch um die Frage der deutschen

Interessen und der deutschen politischen Strategien in dieser Situation, um die Frage also, inwieweit die Deutschen sich im wesentlichen situativ verhalten haben, oder inwieweit deutsche Politik tatsächlich gestaltet hat. Wir haben eine Reihe von offenen Fragen, eine Reihe von Problemen, mit denen sich die deutsche und die internationale Politik auseinandersetzen mußten, genannt, die Frage des Zeitrahmens, in dem die Vereinigung durchgeführt werden sollte, die Frage der Bündniszugehörigkeit, die Frage der Oder-Neiße-Grenze, aber eben doch auch die Frage des militärischen Gewichts des vereinigten Deutschland. Dies sind Fragen, die bereits angeklungen sind, die wir jetzt zu vertiefen haben.

Wir haben mit den Gesprächspartnern, die jetzt zu Wort kommen, unmittelbare Mitakteure am Podium. Da ist einmal der damalige Chef des Bundeskanzleramtes, Herr Seiters; ich brauche ihn hier in diesem Kreis nicht vorzustellen. Des weiteren der hier noch bekanntere damalige Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Markus Meckel, heute Obmann der SPD dieser Enquete-Kommission. Des weiteren Herr Poppe, der nicht nur am Runden Tisch gegessen hat, sondern auch in der Regierung Modrow zeitweilig Minister ohne Geschäftsbereich gewesen ist. Und schließlich Herr Irmer, wenn ich das richtig weiß, damals Mitglied im Auswärtigen Ausschuß und außenpolitischer Sprecher der F.D.P. Ich darf zunächst Herrn Seiters um seine Ausführungen bitten.

Rudolf Seiters, MdB: Meine Herren Vorsitzenden, meine Damen und Herren. Es ist sicherlich etwas schwierig, am Ende eines solchen Sitzungstages, wo wichtige Zeitzeugen und Wissenschaftler das Thema unter den verschiedenen Aspekten ausgeleuchtet haben, nun noch einmal zu versuchen, aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland zusammenzufassen. Das werden sicherlich keine neuen Daten und Fakten sein, aber vielleicht interessiert ja doch die Einschätzung, die jemand wie ich heute zu diesen Fragen hat.

Wenn man die Politik der Bundesrepublik Deutschland im Vereinigungsprozess unter dem Gesichtspunkt der Handlungsfreiräume – also unter einem wesentlichen außenpolitischen Gesichtspunkt – zu resümieren versucht, so ist es hilfreich, sich zunächst noch einmal die Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten der Deutschlandpolitik in den Jahren zuvor zu vergegenwärtigen.

Das entscheidende Rahmendatum jeder Deutschlandpolitik seit 1949 war die Dominanz der internationalen Beziehungen. Die Teilung Deutschlands als unmittelbare Folge und als geographisches Zentrum des Ost-West-Konfliktes bedeutete, daß die Situation an der Trennlinie der beiden Blöcke, das Verhältnis der beiden Teilstaaten zueinander und damit auch jede Veränderung dieser Gegebenheiten unmittelbar das Ost-West-Verhältnis in Europa und insbesondere die Interessen der beiden Großmächte berührte.

Das bedeutete keineswegs, daß es nicht auch eigenständige Gestaltungsmöglichkeit für die deutschen Akteure im Ost-West-Konflikt gab: Sie konnten – mehr oder weniger – dazu beitragen, daß Spannungen sich verschärften oder verringerten; sie konnten darauf einwirken, ob die Folgen der Teilung für die